



Deutschland braucht einen Europaplan!

Politischer Bericht der Präsidentin Dr. Linn Selle auf der
EBD-Mitgliederversammlung 2020

EU-in-BRIEF | Ausgabe 03-2020

Deutsche Europapolitik zwischen EU-Ratspräsidentschaft und Bundestagswahl 2021: In ihrem Politischen Bericht auf der Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. rief EBD-Präsidentin Dr. Linn Selle die Delegierten der 259 Mitgliedsorganisationen dazu auf, die bundesrepublikanische Europapolitik und die Rolle der gesellschaftlichen Kräfte bei ihrer Gestaltung auch nach Ende des Vorsitzes im Ministerrat weiter eng zu begleiten. Selles Petitum: „Lassen Sie uns gemeinsam über einen deutschen Europaplan nachdenken, der die deutsche Europapolitik mit Blick auf die Bundestagswahl strategisch neu aufstellt und gesellschaftlich wie auch parlamentarisch fest verortet.“ EU-in-BRIEF dokumentiert die Rede der EBD-Präsidentin im Wortlaut.

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitgliedsorganisationen, liebe Freundinnen und Freunde der Europäischen Bewegung Deutschland,

„Die Krise befördert Deutschland in eine außergewöhnliche – und in der Geschichte der EU – beispiellose Position“. Dieses Zitat könnte so in diesem Jahr gefallen sein. Es würde gut beschreiben, wie sich alle Blicke auf die deutsche Ratspräsidentschaft richten in der Hoffnung, die Herkulesaufgaben des Brexits, des Haushaltes und der COVID-19-Krise zu meistern.

Doch dieses Zitat hat der britische Journalist Hans Kundnani in seinem Buch „The Paradox of German Power“ bereits vor sechs Jahren veröffentlicht. Er bezog es auf die Eurokrise um das Jahr 2010. Auch damals waren alle Augen auf Deutschland gerichtet. Deutsch-

land war als Ideengeber gefordert, doch trat eher als Zögerer auf die Bremse.

Ob Eurokrise oder Migrationsfrage – als Gründungsstaat und größte Volkswirtschaft der EU kann Deutschland sich vor seiner Verantwortung nicht verstecken. Auch wenn die letzten Bundesregierungen eine proaktive Europapolitik oft gemieden haben.

Strategische EU-Planung haben wir in den letzten Jahren in Deutschland leider zu wenig gesehen. Auch wenn der Koalitionsvertrag vor knapp drei Jahren noch prominent für einen „neuen Aufbruch in Europa“ und ein „europäisches Deutschland“ geworben hat.

In diesem Jahr hat sich scheinbar etwas geändert: Es begann mit dem Unbehagen im März, als wir wieder feststellen mussten, dass Europa nicht krisenfest ist. Viel zu spät

wurden italienische oder französische COVID-19-Patienten in deutsche Krankenhäuser ausgeflogen, wurden Schutzmaterialien europaweit verteilt. In den Epizentren der Pandemie, wie etwa in Italien, war der Glaube an die europäische Solidarität da schon zerrüttet. Erhofft hatten wir uns den europäischen Reflex, doch zu Beginn sahen wir nur Chaos an geschlossenen Grenzen und ein Zurückziehen in ein nationales Katastrophenmanagement.

Als Netzwerk von 259 Mitgliedsorganisationen haben wir diesem Solidaritätsversagen etwas entgegengesetzt! Unter dem Titel „[Verbände schlagen Alarm wegen Grenzkontrollen](#)“ haben wir in der Süddeutschen Zeitung sowie in anderen Medien im April gemeinsam einen stärkeren europäischen Zusammenhalt eingefordert.

Solidaritätsversagen statt europäischer Reflexe

Ich bin dankbar, dass wir durch diese Kampagne und unseren Vorstandsbeschluss geschlossen gezeigt haben, dass der Binnenmarkt, die Schengen-Errungenschaften und das Vertrauen in die europäische Zusammenarbeit durch kurzfristiges politisches Handeln verspielt werden. Darum an dieser Stelle ein herzlicher Dank für ihre Mitarbeit und Unterstützung! Das sich dieses Engagement gelohnt hat, wird auch in der Ablehnung neuer Grenzschließungen durch die Bundesregierung deutlich.

In den folgenden Wochen wurde versucht, dieses anfängliche Solidaritätsversagen in europäischen Zusammenhalt umzumünzen. Der deutsch-französische Vorstoß für den Wiederaufbaufonds Next Generation EU im Mai ist ein Meilenstein, den auch wir in der EBD sehr begrüßt haben. Bereits seit Jahren haben wir uns für einen zukunftsorientierten EU-Haushalt eingesetzt, der den Herausforderungen der EU angemessen ist und sich

stärker aus beitragsunabhängigen Eigenmitteln finanziert.

Mit dem Wiederaufbauinstrument hat die deutsche Bundesregierung Mut gezeigt. Mut Europa nach vorne zu denken. Diesen Elan Europa weiterzudenken sollte sich die Bundesregierung bis zur Bundestagswahl erhalten.

Ich wünsche mir von den Parteien eine gute Dosis European Mut!

Ob in der Pandemiebekämpfung, Migrations-, Digital-, oder Klimapolitik – nur durch proaktives europäisches Handeln kann Deutschland in eine gute Zukunft geführt werden.

Darum wünsche ich mir, dass der nun langsam aber sicher aufziehende Bundestagswahlkampf von allen proeuropäischen Parteien dazu genutzt wird, nicht nur einen nationalen, sondern dezidiert auch einen europapolitischen Wahlkampf zu führen. In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, wie zukunftsfest unser europäisches Haus ist, wie wir Europas Rolle in der Welt definieren und unseren Binnenmarkt krisenfest gestalten. Ich wünsche mir daher von allen proeuropäischen Parteien eine gute Dosis European Mut!

Drei Überzeugungen sind hier für mich zentral:

Erstens: Europa ist nur glaubwürdig, wenn es seine Grundwerte proaktiv verteidigt.

Die Menschenwürde, die Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie der Schutz von Minderheiten bilden das Wertegerüst, die das europäische Selbstverständnis definieren. Diese Gründungsideale dürfen nicht zu leeren Buchstaben in den Verträgen verkommen.

Schließlich kann Europa nur dann glaubwürdig global für ein souveränes Europa und Menschenrechte eintreten, wenn es selber im Innern seine Werte und Grundrechte klar durchsetzt.

Grundwerte nach innen proaktiv verteidigen

Ich begrüße ausdrücklich, dass die Bundesregierung die Rechtsstaatlichkeit zu einem zentralen Element ihres Ratsvorsitzes gemacht hat und den Rechtsstaatsdialog im Rat initiiert hat. Doch wenn – wie in Polen und Ungarn – an der Unabhängigkeit der Justiz, der Pressefreiheit und der pluralistischen Demokratie gerüttelt wird, darf sich der Handlungsspielraum der EU nicht nur auf Worte beschränken.

Wir brauchen daher eine wirksame Verknüpfung der EU-Haushaltsmittel mit den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, die über Korruptionsbekämpfung hinausgeht. Auch wünsche ich mir mehr Mut von der Bundesregierung, für eine Reform des vorhandenen Sanktionsmechanismus unter Artikel 7 EUV einzutreten.

Zweitens bin ich tief davon überzeugt, dass Europa nur handlungsfähig bleibt, wenn es auf die konsequente Parlamentarisierung europäischer Debatten setzt. Die Blockaden zu den Sanktionen gegen das Lukaschenko-Regime in Belarus haben gezeigt, wie träge die EU unter dem Primat der Einstimmigkeit im Rat agiert.

Wir brauchen daher mehr europäischen Mut für die Gemeinschaftsmethode der EU, die sich durch Mehrheitsentscheidungen im Rat und parlamentarische Debatte in der europäischen Öffentlichkeit auszeichnet.

Als EBD haben wir uns klar deutlich für die Konferenz zur Zukunft Europas

ausgesprochen. In einer solchen Konferenz muss die Frage der demokratischen Weiterentwicklung der EU ein zentrales Anliegen sein. So wie ich höre, sind wichtige Forderungen der EBD zur Gestaltung der Konferenz in die Erklärung eingeflossen, die in Kürze von den EU-Institutionen verabschiedet werden soll. Allein die Vorsitzfrage ist noch offen.

Drittens: Europa wird nur zukunftsfest sein, wenn es transparent und bürgernah ist. Klar, viele Fortschritte wurden in dieser Hinsicht im Europaparlament und der EU-Kommission gemacht – und diese können im Übrigen auch Vorbild für den Bundestag und die Bundesregierung sein. Doch hinkt der Rat und ganz besonders die deutsche Europapolitik hinterher. Wer weiß schon, wie die Bundesregierung zu ihren Positionen im Rat kommt und wer von außen auf sie einwirkt?

Mehr Licht ins schwarze Loch der deutschen Europapolitik

Hier können wir auch als EBD-Netzwerk eine noch gewichtigere Rolle spielen:

Wir müssen mehr Licht ins schwarze Loch der deutschen Europapolitik bringen. Wir müssen klar zeigen, dass Europapolitik natürlich nicht nur in Brüssel oder Straßburg gemacht wird, sondern zu einem ganz entscheidenden Teil auch in Berlin. Mit Blick auf die Bundestagswahl wünsche ich mir daher eine Debatte über einen deutschen Europaплан.

Also konkret: Was planen die Parteien strategisch in der Europapolitik? Wie wollen sie den Aufbruch in Europa weiterführen?

Aber auch: Wie kann die deutsche Europapolitik parlamentarisch und gesellschaftlich anschlussfähiger werden? Deutschland spielt eine gewichtige Rolle im

Rat, darum kann es nicht sein, dass strukturierter Dialog mit gesellschaftlichen Kräften und dem Bundestag hiervon weitestgehend abgekoppelt ist. Wieso muss eine Ministerin oder ein Minister nicht vorab im zuständigen Bundestagsausschuss die Position verantworten, die Deutschland im Rat beziehen möchte? Wieso gibt es keinen strukturierten Dialog mit gesellschaftlichen Kräften in der Erarbeitung dieser Position?

Her mit dem deutschen Europaplan!

Hier wünsche ich mir eine Neuaufstellung in der parlamentarischen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit der deutschen Europapolitik.

Liebe Freundinnen und Freunde der Europäischen Bewegung Deutschland,

vor 70 Jahren schlug der französische Außenminister Robert Schuman die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor, aus der heute die EU hervorgeht.

Ebenfalls vor 70 Jahren wurde Deutschland als assoziiertes Mitglied des Europarates in die internationale Gemeinschaft wieder aufgenommen. Und vor 30 Jahren feierte unser Land seine Wiedervereinigung in einem geeinten Europa.

Aus Dankbarkeit über diese solidarischen Taten haben wir nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Verantwortung und die Pflicht, Europa gemeinsam zu gestalten. Das ist uns in den letzten zwei Jahren als Netzwerk gut gelungen – auch weil wir an

unserer Seite unsere institutionellen Partner, das Auswärtige Amt und die Bundesregierung, wissen wie auch die Vertretung der Europäischen Kommission – der heutige Gastgeber –, das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments, die Länder, die Kultusministerkonferenz und nicht zuletzt und ganz besonders den Deutschen Bundestag. Vielen Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Zudem können wir uns der exzellenten Unterstützung des Generalsekretärs und seines Teams gewiss sein, die uns in diesem Jahr trotz Personalwechsel und Arbeit aus dem Heimbüro tatkräftig unterstützt haben. Auf dieser Basis sind wir gut aufgestellt, die deutsche Europapolitik weiter gemeinsam zu gestalten. Daher wünsche ich mir auch von Ihnen, den Mitgliedsorganisationen der Europäischen Bewegung, dass Europapolitik nach der deutschen Ratspräsidentschaft in unserer Verbändelandschaft nicht beiseitegeschoben wird.

Ganz im Gegenteil: Lassen Sie uns gemeinsam über einen deutschen Europaplan nachdenken, der deutsche Europapolitik mit Blick auf die Bundestagswahl strategisch neu aufstellt und gesellschaftlich wie auch parlamentarisch fest verortet.

Ich freue mich auf die anstehenden Diskussionen heute und möchte mich an dieser Stelle auch über die vielfältigen Gespräche und Impulse mit vielen unter Ihnen im Lauf der vergangenen zwei Jahren bedanken. Ich freue mich über eine Weiterführung unserer Zusammenarbeit.

Vielen Dank.



Über die Autorin

Dr. Linn Selle ist seit 2018 Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD). Sie wurde 1986 im westfälischen Havixbeck geboren. Nach ihrem Studium der Politikwissenschaften in Bonn und Paris absolvierte sie einen Master in European Studies an der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder, wo sie 2017 ihre Promotion zur parlamentarischen Haushaltshoheit beim EU-Haushalt beendete. Seit 2014 ist sie Mitglied im Vorstand der EBD und wurde im selben Jahr mit dem „Preis Frau Europas“ ausgezeichnet. Hauptberuflich ist sie beim Verbraucherzentrale Bundesverband tätig.

Kontakt: info@netzwerk-ebd.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: https://www.netzwerk-ebd.de/wp-content/uploads/2020/11/EU-in-BRIEF-03_2020-Deutschland-braucht-einen-Europaplan.pdf

Impressum

EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer: 2191-8252

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Sophienstr. 28/29 | D-10178 Berlin

T +49 30 3036201-10 | F -19

info@netzwerk-ebd.de

Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschlands und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.